

Inhalt

Schaubilder und Tabellen	8
Abkürzungen	9
Vorwort	15
1. Einleitung	17
1.1 Internationale Umwelt und nationaler Institutionenwandel	17
1.2 Domestizierung als politikwissenschaftliches Konzept	23
1.3 Domestizierung: Eine Definition	26
1.4 Theoretische Perspektive und methodisches Vorgehen	30
1.4.1 Strukturationistischer Ansatz	31
1.4.2 Methodisches Vorgehen	35
1.4.3 Bildung von Arbeitshypothesen	38
2. Die Beteiligung des Bundesrates und Bundestages am europapolitischen Entscheidungsprozess	40
2.1 Die Diskussion um die Beteiligung der Bundesländer an der Europapolitik bis 1990	41
2.1.1 Begrenzte Domestizierung bis in die 1970er Jahre	41
2.1.2 Verstärkter Domestizierungsdruck Mitte der 1980er Jahre	49
2.1.3 Institutionelle Ressourcen und praktische Ausgestaltung der Länderbeteiligung	59
2.2 Die Diskussion um die Beteiligung des Bundestages an der Europapolitik bis 1990	64
2.2.1 Substitution statt Kompensation – Blockierte Domestizierung bis in die 1980er Jahre	65
2.2.2 Widerstand und Effizienzsteigerung: Schleichende Domestizierung in den 1980er Jahren	73
2.2.3 Institutionelle Ressourcen und praktische Ausgestaltung der Bundestagsbeteiligung	77
2.3 Die Positionen der binnenstaatlichen Akteure in der Reformdebatte 1991 bis 1993	81
2.3.1 Die Haltung der Bundesländer/Länderparlamente/Städtetag	83
2.3.2 Die Haltung der Bundesregierung	93
2.3.3 Die Haltung des Bundestages und der Parteien	99
2.3.4 Die Haltung der Sachverständigen	103
2.3.5 Domestizierungsdiskurs und 38. Grundgesetzänderung	111
2.4 Die Institutionalisierung der veränderten Beteiligungsrechte im Grundgesetz	112
2.4.1 Die Neuregelung im Grundgesetz	112
2.4.2 Das Inkrafttreten der neuen grundgesetzlichen und einfachgesetzlichen Regelungen	117

2.4.3	Die Verfassungsbeschwerden und das Verfahren	125
2.4.4	Das Bundesverfassungsgericht als Domestizierer im Institutionalisierungsprozess	132
2.5	Die europapolitische Staatspraxis unter Domestizierungsbedingungen	134
2.5.1	Die europapolitische Staatspraxis seit 1993	134
2.5.2	Die parlamentarische Mitwirkung an der Europapolitik	146
2.5.3	Exkurs: Der Streit um die öffentliche Daseinsvorsorge in Deutschland	149
2.5.4	Die Mitwirkung von Bundestag und Bundesrat am Europäischen Verfassungskonvent	160
2.5.5	Die Domestizierung exekutiver Europapolitik und die Konstitutionalisierung der EU	167
3.	Die Beteiligung des Bundestages am sicherheitspolitischen Entscheidungsprozess über Auslandseinsätze der Bundeswehr	171
3.1	Die Diskussion um die Schaffung, die Aufgaben und den Einsatz der Bundeswehr bis 1990	172
3.1.1	Die verfassungsrechtliche Auseinandersetzung um den Wehrbeitrag bis 1960	174
3.1.2	Verstärkter Domestizierungsdruck Ende der 1960er Jahre	195
3.1.3	Institutionelle Ressourcen und praktische Ausgestaltung der Bundestagsbeteiligung	207
3.1.4	Der „Staat ohne Armee“ und die Domestizierung exekutiver Einsatzpolitik	214
3.2	Die Diskussion um die Beteiligung des Bundestages an der Entscheidung über den Auslandseinsatz der Bundeswehr bis 1990	216
3.2.1	Einsatzentscheidungen ohne Folgen – Die Regierungen Erhard und Kiesinger	218
3.2.2	Eng begrenzte Einsatzbefugnis im Ausland: Die sozial-liberalen und christlich-liberalen Koalitionen der 1970er und 1980er Jahre	221
3.2.3	Institutionelle Ressourcen und praktische Ausgestaltung der Bundestagsbeteiligung	232
3.2.4	Von der „Kultur der Zurückhaltung“ zur Zurückhaltung durch Kultur	233
3.3	Die Positionen der binnenstaatlichen Akteure in der Debatte um die Auslandseinsätze der Bundeswehr	234
3.3.1	Die Haltung der CDU/CSU	238
3.3.2	Die Haltung der FDP	247
3.3.3	Die Haltung der SPD	250
3.3.4	Die Haltung von Bündnis 90/Die Grünen	257
3.3.5	Die Haltung der PDS	261
3.3.6	Die Auffassung der Staatsrechtslehre in der Reformdiskussion	263

3.3.7	Das Scheitern des verfassungsändernden Gesetzgebers und die Verrechtlichung der Politik	266
3.4	Verfassungsfortschreibung durch das Bundesverfassungsgericht	268
3.4.1	Die Debatte in der GVK	268
3.4.2	Die Vorabentscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes	272
3.4.3	Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in der Hauptsache vom 12. Juli 1994	277
3.4.4	Das Bundesverfassungsgericht als verfassungsändernder Gesetzgeber?	284
3.5	Die sicherheitspolitische Praxis unter Domesticierungsbedingungen	285
3.5.1	Die Staatspraxis der Entsendung deutscher Streitkräfte ins Ausland	285
3.5.2	Die parlamentarische Mitwirkung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr	298
3.5.3	Die deutsche Debatte über ein Entsendegesetz	314
3.5.4	Die Bundeswehr: ein „Parlamentsheer“ im Einsatz	326
4.	Ergebnisse und Forschungsperspektiven	330
4.1.	Der Domesticierungsansatz in der Politik- und Rechtswissenschaft	330
4.2	Deutsche Sicherheits- und Europapolitik unter Domesticierungsbedingungen	333
4.3	Domesticierungsforschung – eine Agenda	334
	Literatur	338

Schaubilder und Tabellen

Schaubild 1:	Handlungsoptionen binnenstaatlicher Akteure in Internationalisierungsprozessen	26
Schaubild 2:	Drei Analyseschritte im Domestizierungsprozess	32
Schaubild 3:	Idealtypischer Domestizierungsprozess	34
Schaubild 4:	Das Zuleitungsverfahren nach Art. 2 EWGG und interministerieller Vereinbarung vom 6.09.1963	47
Schaubild 5:	Das Länderbeteiligungsverfahren nach der GGO und dem Verfahrensschema der Bundesländer	49
Schaubild 6:	Das Bundesratsverfahren von 1986	55
Schaubild 7:	Das modifizierte Zuleitungsverfahren nach Art. 2 EWGG gemäß FDP-Entschließungsantrag, 19.03.1964 (gescheitert)	72
Schaubild 8:	Finanzielle Leistungen Deutschlands an die EU, 1991-2007	138
Schaubild 9:	Ausgaben des Bundes für Verteidigung	287
Schaubild 10:	Durchschnittsstärke der Bundeswehr	294
Tabelle 1:	Auslandseinsätze der Bundeswehr: rechtliche und militärische Aspekte	297